



SPD-Gruppe im Regionalverband, Freitag, 23. August 2013

Entscheidung über Umzug wird an Sachargumenten gefällt

Es geht um das Geld der Mitgliedskommunen / Erreichbarkeit wichtiger Faktor

„Der Direktor des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain, Ludger Stüve, hat selbstverständlich unsere Unterstützung bei der Suche nach einer Lösung zur Reduzierung der Mietkosten des Regionalverbandes. Eine Verkleinerung am jetzigen Standort wie auch der Umzug in ein anderes Gebäude sind selbstverständlich zu prüfen, um eine gut begründete Entscheidung treffen zu können“ Das sagen die beiden Gruppenvorsitzenden von SPD und Grünen in der Verbandskammer Rouven Kötter und Michael Korwisi.



„Unter unseren Mitgliedskommunen sind mittlerweile einige unter dem sogenannten „Schutzschirm“. Wir müssen überall schauen, wo noch Einsparungen möglich sind, das gilt auch für den Regionalverband“, sagen Kötter, der auch Bürgermeister von Wölfersheim ist sowie der Oberbürgermeister von Bad Homburg, Michael Korwisi. „Freilich muss bei der Suche nach einem neuen Gebäude auch die schnelle Erreichbarkeit mit dem ÖPNV für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Besucherinnen und Besucher aus Stadt und Region nicht außer Acht gelassen werden. Ein zentraler Standort ist uns wichtig“, bekräftigen die beiden Gruppensprecher.

Nach übereinstimmender Auffassung von Kötter und Korwisi ist das jetzige Gebäude des Regionalverbandes in der Poststraße durch die stetige Reduzierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mittlerweile zu groß geworden. Auch werde durch den Schnitt einiges an Raum verschenkt. Die von Verbandsdirektor Stüve avisierte Einsparung von



rund einer halben Million Euro pro Jahr durch einen Umzug oder Minderung der jetzigen Miete von derzeit 1,5 Millionen Euro (Jahresvolumen des Verbandes: etwa 16 Millionen Euro) würden die beiden Regionalpolitiker „sehr begrüßen“.

Im Übrigen, so Kötter und Korwisi abschließend, hatte der Regionalvorstand schon im Mai per Beschluss die hauptamtliche Verbandsspitze damit beauftragt, hinsichtlich des auslaufenden Mietvertrages für ein „Haus der Region“ entsprechende Verhandlungen aufzunehmen. Sie solle dabei auch mit der Standortmarketinggesellschaft, der Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft (IMS) sowie der Gesellschaft für integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement (IVM) über die Möglichkeit einer gemeinsamen Anmietung verhandeln.

Bis zum Jahresende will der Vorstand einen entsprechenden Vorschlag vorlegen.